

Zeitung

Sechshundertfünfundvierzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:

Die 8 gefaltene 24 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigenvermittler. Erfüllungsort: Halle. Erhöht täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Geschäftsstellen: Halle, Neue Brannenstraße 1a, C. Braunstr. 17, Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24, Postfach-Raum Leipzig Nr. 4609.

Bezugspreise:

Die Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mark, durch die Post 22.50 Mark. Ansaß. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichs-Postämtern angenommen. Im amtlich, Zeitungsverzeichnis unter Code-Zeitung eingetragen. Für unvorläufig eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Rückversand nur bei Quellenangabe. Code-Zeitung gestattet. Fernr. der Geschäftsleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Halle, Nr. 1418 u. 7411, der Bezugs-Halle, Nr. 1130.

Nr. 308.

Halle, Montag, den 5. Juli 1920.

Einzelpreis 30 Pfg.

Schiffer über Spa.

In seiner politischen Wochenchau in der „Magdeburger Zeitung“ hebt Reichsminister a. D. Schiffer hervor, daß der Empfang der neuen Regierung im Reichstag im großen und ganzen freundlicher war als man vorher hätte erwarten dürfen. Einen sehr erheblichen Teil des Verdienstes an dem günstigen Verlauf der Verhandlungen mit Schiffer der Persönlichkeits des neuen Reichsanlangers z. Bis Herr Helfferich erziehen und sehr unerquickliche Kämpfe auslöste, waren auch die Auseinandersetzungen der Parteien untereinander in der Form zäher, als man es bisher gewohnt war und voraussehen konnte. Der frühere Vizeminister wirkte und sprach aufrege, und indem er seine Person gar zu sehr in den Mittelpunkt stellte, war er dem Ernst der Stunde nicht gerecht. Ueber den bisherigen Zimmermann a. D. seiner Partei, die Deutsche Volkspartei, sprach er nur in Molliardform; aber man hörte aus ihnen heraus, daß sie nur dazu bestimmt waren, schroffere Dispositionen zu verbergen. Diese Dispositionen sind inzwischen denn auch deutlich zutage getreten. Was der deutschnationalen Partei- und Sozialdemokratischen Reichstagsminister Dr. Bergt in der Reichstagsversammlung, Staatsminister in der mit dem Verhältnis der Deutschnationalen zur Deutschen Volkspartei sagte, klang doch ganz anders und sehr erheblich schärfer als seine Rede im Reichstag. Mit „schmerzlichen Bedauern“ glaubte er ohne Umhüllung feststellen zu müssen, daß das Fehlen zwischen den beiden Parteien geschnitten sei, und daß weitere peinliche Auseinandersetzungen zwischen ihnen voraus. Vielleicht bahnt sich hier eine Entwicklung unserer Parteienverhältnisse an, die in ihrer Bedeutung noch über die augenblickliche Lage hinausgehen könnte.

Schiffer betont weiter, daß der Reichstag trotz mancher entwürdigender Momente in einzelnen doch in seiner Gesamtheit nicht überall immer das notwendige Verständnis für die Lage gezeigt hat, in der wir uns gerade jetzt befinden. Gemüht ist von der Situation in Spa viel gesprochen worden. Aber man hatte nicht den Eindruck, daß die schicksalsschwere Stunde, die durch sie eingeleitet wird, in ihrer ganzen Tragweite auch wahrhaft empfunden und berücksichtigt worden ist. Wäre das der Fall gewesen, so wäre der Verlauf der Debatten doch wohl in anderer Beziehung anders gewesen. In Wirklichkeit befinden wir uns in einer Krise, in der über Sein oder Nichtsein von Staat und Volk entschieden werden soll. Der Reichstag ist inzwischen mit seiner Begleitung abgereist. Er selbst wird wohl nur kurze Zeit am Verlanungsamt bleiben. Wie lange die Konferenzen überhaupt dauern wird, ob sie in einem Zuge zu Ende geführt oder nach einer Unterbrechung wieder aufgenommen wird, ist ebenfalls unklar wie die Art und der Gegenstand in den Ansichten der verschiedenen Verhandlungen. Die Pressemeldungen des Anstandes sind unklar und widersprüchlich und jedenfalls mit großer Vorsicht zu benutzen. Man kann sich gar nicht vorstellen, wie ein reines Ergebnis erzielt werden soll, da viele der Faktoren, die hierfür in Betracht kommen, wie insbesondere das Schicksal der für unsere Zeitungsstätigkeit ausschlaggebenden Abstimmsangelegenheiten, nicht absehbar sind. Man muß immer auf neue Ausgebrochenen und im allem Nachdruck festgehalten werden, daß unsere Haltung in Spa eine reine politische Lösung, aber zugleich auch feste sein muß; daß wir insbesondere unter keinen Umständen uns zu etwas verpflichten, was erfüllen zu können wir nicht überzeugt sind. Dabei spielt die Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit im Innern als die unabweisliche Voraussetzung für die Fortdauer und die Fortentwicklung unseres Wirtschaftslebens eine ausschlaggebende Rolle.

Welche Gefahren in dieser Hinsicht vorhanden sind, lehren nicht bloß die Nachrichten über Vorbereitungen zu neuen Gewalttätigkeiten, sondern die schon vorgekommenen Katastrophen, die an die Lebensmittellieferung von einzelnen Orten hinweisen, aber deutlich auf einen planmäßigen Zusammenbruch hinweisen. Ein noch schärferes Licht wirft auf gewisse unterirdische Vorgänge der Provinz, der wegen der Ermordung des Justizrats Blau vor dem Schwurgericht in Berlin geführt wird. Eine sehr interessante Rolle spielt in diesem Prozeß der Kaiser, den ein Angeklagter aus dem Gefängnis herauszulassen wollte. In ihm findet sich folgende bedeutsame Wendung: „Es kommt hier darauf an, das Leben zu retten; alles andere wäre doch nur für kurze Dauer, denn die Zeit arbeitet doch für uns.“ Der Mann, der das schrieb, rechnete also mit Bestimmtheit darauf, daß in kurzem wieder die Gefängnisse durch revolutionäre Elemente gefüllt würden; und man kann wohl annehmen, daß nicht er allein dieses Glaubens war, sondern damit zum Ausdruck brachte, was in den Kreisen seiner Gefängnisgenossen überhaupt angenommen wird. Diese Auffassung ist aber noch nach einer andern Richtung hin nicht ohne belang. Sie muß bei der Entscheidung der Frage gewertet werden, ob jetzt wohl die Zeit für die Abschaffung der Todesstrafe gekommen ist. Jener Angeklagte sprach es offen aus, daß für ihn nur die Todesstrafe etwas Schreckhaftes habe, während die Verbannung einer Freiheitsstrafe im Hinblick auf die erhoffte nahe bevorstehende Befreiung von ihm offenbar nicht als ein schwerwiebiges Strafmaß empfunden wurde, wie es aus dem Problem der Todesstrafe grundsätzlich schon wie man will — in diesem Augenblick, wo sie bei solchen Elementen ein solches

Die Konferenz in Spa.

Die Ankunft der deutschen Delegierten. Berlin, 3. Juli. (Eig. Nachricht.) Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet: Die deutsche Delegation mit dem Kanzler an der Spitze traf kurz nach 3 Uhr in Spa ein. Zum Empfang stand ihm der Generalkonferenz der Kommission, Jochenstein, an dem Vorgesitzenden, der den Kanzler im Namen des belgischen Ministers des Inneren begrüßte. Das jährliche Jubiläum entfiel sich jeder Ausdehnung. Der Kanzler wohnte in einer Privatvilla, während die deutsche Abordnung im Hotel Viceroy untergebracht wurde. Spa heißt jetzt reichen Angenichtsman in den Farben aller verbündeten Staaten. Große Menschenmengen erwarten die eintreffenden Delegationen. Bei Empfang der deutschen Abordnung wies Jochenstein mit entzündlichen Worten auf die großen Unterbringungsmaßnahmen hin. Die deutsche Delegation wird in ihrem Hotel eine eigene telegraphische und telefonische Verbindung haben, welche aber noch nicht im Betriebe ist. Auch die anderen Arbeiten der deutschen Organisation scheinen vorläufig noch nicht in den Anfängen zu stehen. Die erste Besprechung der beteiligten Staatsmänner soll morgen vormittag erfolgen. Es wird sich hierbei vornehmlich nicht um die eigentliche Eröffnungsrede handeln.

Spa, 5. Juli. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Die Bevölkerung von Spa ist keinesfalls so deutschfeindlich, wie es die belgische Presse allgemein machen möchte. Behörden, Post usw. sind zwar unparteiisch, nur das Wägen „Zügel von Spa“ bringt die Ankunft unserer Delegation unter der Ueberleitung „Die Repräsentationssohnes“. Am heutigen Tage wird sich die deutsche Delegation zu einer internen Sitzung zusammenfinden. Auch in dem großen Hotel de France, das die Engländer besetzen, finden heute Abend eine Sitzung statt. Die neuerrichteten und aufgearbeiteten Räume des Bahnhofs sind den zahlreichen Pressevertretern zugewiesen worden. Für die deutsche Presse dagegen ist von keiner Seite etwas geschehen. Englische Herren waren neuerem Berichterstatter gegenüber davon überzeugt, daß man in Spa zu einem positiven Ergebnis kommen würde. Wie unser Korrespondent weiter berichtet, sei ausdrücklich davor gewarnt worden, deutsche Gespräche in irgend welcher Art auszubringen.

Rußensminister Simons über die Konferenz.

Spa, 4. Juli. Der Minister des Auswärtigen, Dr. Simons, äußerte sich heute vor einigen ausländischen Pressevertretern über die bevorstehende Konferenz. Er erklärte u. a., es sei im Interesse der ganzen Welt, die nur durch internationales Zusammenarbeiten vor möglichem Zusammenbruch bewahrt werden könne, notwendig, jetzt zu einer Einigung über die Festsetzung des Vertrages für die Wiederaufbauung zu kommen und nicht erst, wie es im Versailler Vertrag vorgehien ist, den Mai 1921 abzuwarten. Deutschland werde bereit sein, alles mögliche zu tun, um diese Zusammenarbeit zu fördern. Von einem Pressevertreter befragt, ob Deutschland bestimmte Vorschläge mitbringe, antwortete der Minister, eine bestimmte Summe nennen zu können, die Deutschland unter allen Umständen zahlen könne, sei natürlich vollständig ausgeschlossen, aber wenn es durch eingehende freimündliche Verhandlungen gelänge, volles Einverständnis zu erlangen, so werde Deutschland wohl in der Lage sein, ein festes Angebot zu machen. Der Minister bemerkte weiter, er werde jedenfalls nur das unterschreiben, was seiner Pflicht nach Deutschland erfüllen könne. Dr. Simons betonte weiter, daß die Erfüllung des Vertrages durch Deutschland in der Hauptsache in Arbeit bestehen würde und daß diese Arbeit von drei Bedingungen abhängt: Rohmaterial, Lebensmittel und Frieden im Innern. Die Einigung über diese Dinge und die Zukunft Oers-Schleiens sei die wichtigste Voraussetzung für irgend ein festes Angebot Deutschlands. Der Minister erklärte zum Schluß seiner Darlegungen, daß es der feste Wille Deutschlands sei, zu einer Verständigung zu kommen.

Italiens Ansprüche.

Paris, 4. Juli. Nach Brüsseler Meldungen einiger Abendblätter habe Italien erklärt, es begreife sich mit 12 Prozent der von Deutschland zu zahlenden Entschädigungssumme. Es seien ihm jedoch finanzielle Vorteile bei der Ausföhrung der Friedensverträge oder ehemaligen Verbündeten Deutschlands zugesichert worden.

Die Streikbewegung.

Caarbrücken, 3. Juli. Da die Arbeitgeber ablehnen, mit den streikenden Arbeitern zu verhandeln, hat sich der Streik auf die ganze Metallindustrie des Saargebietes ausgedehnt. Auf allen Werken werden nur noch Reparationsarbeiten ausgeführt.

Es herrscht überall Ruhe.

Eine Regierungskommission verhandelt mit den Arbeitervertretern. Das Gewerkschaftsamt und die Betriebsräte in Aachenburg haben den Streik auf der Zeche „Gulpa“, durch den Aachenburg, Darmstadt und andere Orte seit zwei Tagen ohne Licht und Strom sind, mit allen in der mehrheitsentscheidenden Stimmen gegen die Stimmen der kommunistischen auf das allerfrüheste verurteilt. Nach der sozialistischen „Volksztg.“ wurde der Dettinger Streik in einer kommunistischen Parteiverammlung bzw. im kommunistischen Gewerkschaftsamt am letzten Mittwoch beschlossen.

Ein Arbeitslosen-Versicherungsgefes.

Das Reichsarbeitsministerium hat vor kurzem den Entwurf eines Gesetzes über Arbeitslosenversicherung der Deutschen Reichs-Arbeitslosen Nr. 5. 1920. Nach diesem Entwurf sollen für den Fall der Arbeitslosigkeit vom 16. Lebensjahr an versichert werden: 1. Arbeiter, Gehilfen, Gesellen, 2. Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte ohne Rücksicht auf ihre Vorbildung, sowie Büropersonale sämtlich, wenn die Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet. Die Arbeitslosenversicherung soll u. a. erhalten, wer in den 24 Monaten vor dem Eintritt der Arbeitslosigkeit während 26 Wochen Beiträge geleistet hat, wer arbeitsfähig ist, aber nach Beendigung durch den Arbeitsnachweis eine passende Arbeit innerhalb drei Tagen bei Verlassen seiner letzten Arbeitsstelle nicht gefunden hat. Als passende Arbeit gilt nach dem Gesetz jede Beschäftigung, die dem Versicherten unter billiger Berücksichtigung seiner Ausbildung, seines bisherigen Berufs und seines Familienstandes zugemutet werden kann, sofern bei Nachtrage einer Arbeit mibefens der Ortslohn gewährt wird, sie die Gesundheit nicht schädigt und die Unterbringung für sich beabsichtigt ist. Die Mittel für die Arbeitslosenversicherung sollen durch Beiträge von den Arbeitgebern, den Versicherten, dem Reich und den für den Arbeitsbezirk zuständigen Gemeindeverbände aufgebracht werden. Die Arbeitgeber und die Versicherten entrichten für jede Woche der versicherungspflichtigen Beschäftigung (Beitragswoche) laufende Beiträge zu gleichen Teilen. Die Beiträge des Reichs und des Gemeindeverbandes betragen je ein Viertel der eingegangenen Beiträge der Arbeitgeber und Versicherten.

Demokratische Anfragen.

- 1. Durch Zugang zahlreicher französischer Familien in das besetzte Gebiet, besonders in der Provinz Rheinland, ist die bestehende Wohnungsnot noch vergrößert worden. Die Gemeinden sehen sich außerstande, die angeforderten Maßnahmen zu beschaffen. Sie müssen neue beschaffen. Hat die Reichsregierung Kenntnis von diesem Notstande und will sie für Berechtigung von Mitteln für den Bau sorgen?
- 2. Einzelne Verbände von Drehmaschinenbesitzern fordern für den diesjährigen Ausbruch einen Stundenlohn von über 80 Mark. Bei solchen Löhnen ist eine weitere erhebliche Verteuerung des Getreides und Brotes unausbleiblich; dazu wird der so notwendige Preisdruck verdrängt werden. Hat die Reichsregierung Kenntnis von diesen Forderungen und ist sie geneigt, Maßnahmen dagegen zu treffen?

Milliardenaufträge für die deutsche Industrie.

Die Entente hat, wie die „Magdeburger Ztg.“ aus Berlin meldet, der deutschen Reichsregierung umfangreiche Listen mit Ergebnissen aller Art für die Wiederaufbau des zerstörten Gebietes im nördlichen Frankreich und Belgien überreicht. Es handelt sich um Lieferungen im Werte von mehreren Milliarden Mark. Es wird nun geplant, diese Lieferungen zur Behebung der jetzt in den meisten Industrien herrschenden Misshandlung zu benutzen. An erster Stelle kommt eine sehr beträchtliche Lieferung von landwirtschaftlichen Maschinen aller Art in Betracht. Gerade in solchen Maschinen hat zur Zeit die beteiligte Industrie große Lager, da der Absatz im Inland vollkommen ins Stocken geraten ist. Ergebnisse wie bei Spielweise Möbel und sonstiges Hausgerät, werden naturgemäß erst zu einem späteren Zeitpunkt, wenn der Wiederaufbau der zerstörten Districten weiter vorgehritten ist, zur Auslieferung kommen. Es wird jedoch zu machen, auch in diesen Ergebnissen schon jetzt Absatz zu machen, um die Käufer zu räumen und es der Industrie zu ermöglichen, die Verstellung wieder auszumachen.

Die Tagung des Reichsbürgerrates.

Leipzig, 3. Juli. Am heutigen Vormittag begannen im „Bürgerhof“ die Verhandlungen des Reichsbürgerrates unter zahlreicher Teilnahme, darunter einer Anzahl führender Persönlichkeiten im öffentlichen Leben. Der derzeitige Präsident des Reichsbürgerrates, Staatsminister v. Loeblich, eröffnete die Sitzung mit Begrüßung der Teilnehmer. Am Anfang erklärte er den Tätigkeitsbericht. Danach bestanden zuletzt in 300 deutschen Städten Bürgervereine, weitere Verbände: in noch im Entstehen. Der Bericht gedachte ferner der verschiedenen gemeinsamen Ereignisse des letzten Jahres, insbesondere des Kampfes, in denen man den einfinden, geraden Weg ergangen sei, der sich ohne mezzere erweisen habe, nämlich nach Kräfte mitzubringen.

Scheidt hier die wochenweise immer zu und immer mehr... auch die heron... in Kenntnis... über... dem neu... Form...

Scheidt hier die wochenweise immer zu und immer mehr... auch die heron... in Kenntnis... über... dem neu... Form...

der Vermeidung des Bürgerkrieges und beschleunigte Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Zustände. Der Redner selbst habe sich bemüht, Rapp zum Rücktritt zu bewegen. Der Reichspräsident habe leider einen Empfang abgelehnt. Ebenso energisch sei man gegen die gewerkschaftliche Nebenregierung eingetreten. Das deutsche Parlament müsse wieder dazu kommen, die einseitige Stellung nach außen hin zu ändern. Er schloß mit der Versicherung, daß die Bewegung sich nicht mehr in Deutschland lösen werde, in dem es eine Luft sei, zu leben.

Nach dem mit allgemeinem Beifall aufgenommenen Tätigkeitsbericht erfolgte durch einstimmigen Beschluß die Wahl des neuen Vizepräsidenten, die die einstimmige Wiederwahl von Loebells ergab, dessen hervorragende Verdienste um die Bürgerbewegung von einem süddeutschen Vertreter in längerer Rede anerkannt wurde.

Den ersten Vortrag hielt der Vizepräsident Dr. Meyer-Absberg über: **Deutscherlei und Ziele der Bürgerbewegung.**

Der Redner führte etwa aus: Die Berechtigung einer Organisation, wie die der Bürgerbewegung, ist bedingt durch ihre Notwendigkeit für das Wohl des Volkes. Jedes Volk, das Anspruch darauf macht, in der Geschichte der Zukunft als Volksherrschaft eine Rolle zu spielen, hat eine besondere, nur ihm eigene, es von allen anderen unterscheidende Lebensweise. Wenn wir somit aus klar sein wollen über deutsches Leben und Zukunft der Bürgerbewegung, müssen wir vorher die deutsche Lebensweise erkennen. Wir leben auf der großen Einfalt, die das Deutschtum im Laufe der Jahrhunderte auf die Menschheit ausgeübt hat und erkennen daraus zwei Haupterscheinungen: die deutsche Arbeit und die deutsche Philosophie, aus der die größten Menschheitsideen entsprungen sind. Damit ist die Richtung unserer Untersuchung gegeben. Deutsche Arbeit beruhte von jeher auf der Auffassung von der freien Persönlichkeit und ihrem Auftrieb durch Ziel und Fähigkeit. Das ist aber der Begriff der bürgerlichen Arbeit; ihr Gegenstück ist der proletarische Arbeitsbegriff. Wie die Überwindung des Arbeitsbegriffes zum Materialismus, so führte die Überwindung der zweiten Grundeigenschaft des Deutschen, seines Kosmopolitismus, zum hohen Internationalismus und damit zur Vereinerung des Staatsbürgertums. Hier eröffnet sich eine zweite Aufgabe für eine große Gemeinschaft: die Wiederherstellung des Bewußtseins der Volksgemeinschaft, der Volkseinheit, des Nationalgefühls, das im Gegensatz zum Klassenkampf steht. Bemerkenswert waren seine Ausführungen bei der Beantwortung der Frage: „Ist die Reichsbürgerbewegung notwendig?“ Die vom Hanlabund geforderte Vereinerung der Arbeitgeberverbände, so meinte der Redner, kann niemals verwirklicht werden, da sie die einseitige Klassenvereinerung, der die Entzweiung niemals folgt. Auch Reichsbürgerbewegung ist nach seiner Zusammenfassung nach Meinung des Redners kein lebensfähiges Kind.

Ueber die Wege, die der Bürgerbewegung zu ihrem Ziele führen könnten, führte der Redner aus: unser Ziel ist in diesem Teile die Schaffung einer neuen Kammer der Abgeordneten bestehend aus gleichberechtigten Ständekammern. Es ist möglich für Wirtschaft und Politik die Auswahl der besten, freier die politische Kammer von den Ständevertretern und ermöglicht damit die notwendige Entzweiung. Aber auch die Parteien müssen mit unserer Sache, den Bürgerbewegungen, einig sein, das heißt die Einheit der Volksgemeinschaft zu schaffen und Arbeiter bis zum Abell, das heißt wiederholt fest betonen kann: „Ich bin ein Deutscher!“ (Beifallgerausch).

Die Ausdrucks über das Referat Dr. Meyer-Absberg wurde zurückgeführt.

Dr. Bernhart Wien sprach Begrüßungsworte namens des Reichsbürgervereins. Darauf wurde einstimmig die Aufnahme der österreichischen Bürgervereine als Landesverbände in den Reichsbürgerrat beschlossen.

Exzellenz v. Loebell bezeichnete vielen Augenblick als einen historischen Moment. Dies sei der erste Schritt zur vollkommenen Verbindung. Es wurde die Abwendung eines Begrüßungsgrammes an den Reichsbürgerrat Wien und an die Brüder im Osten beschlossen.

Dann sprach Reichspräsident (Frankfurt a. M.) über den Versailler Friedensvertrag.

In der Nachmittags Sitzung wurde folgende

Entscheidung zum Versailler Vertrag einstimmig angenommen:

„Die in Leipzig zur dritten Reichsbürgererversammlung versammelten Vertreter der deutschen Bürgervereine erklären: Wir erkennen an, daß Deutschland die im Abell des Waffenstillstandes auf Grund der 14 Punkte Wilsons übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen hat. Wir sind aber unter Beachtung dieser Verpflichtungen in dem Versailler Vertrage weitergehende Verpflichtungen aufgenommen worden, und deshalb fordern wir die Aufhebung des Vertrages. Wir fordern, als erste Anforderung friedliche Beziehungen, Tilgung der Schuld, die der weißen Rasse durch Verletzung deutscher Gebiete mit farbigen Truppen angefügt wurde. Schuld der Bevölkerung in den besetzten und Abhängigkeitsgebieten gegenüber den ungeheuren Lebergriffen der dortigen Mächteherren. Abstellung wirtschaftlicher und finanzieller Vereinbarungen auf Grund der Abmachung vom 5. November 1918 nach dem Gesichtspunkt des europäischen Wiederaufbaues, insbesondere zur Garantie der Erfüllung deutscher Verpflichtungen, Aufrechterhaltung eines Heeres von mindestens 200 000 Mann und der Sicherheitspolizei als Träger nationaler Ordnung und Sicherheit. Wir erwarten von den Delegierten in Spa, daß sie in Erkenntnis des Rechts und der Notwendigkeit dieser Forderungen keine Verpflichtungen eingehen, die Deutschland nicht erfüllen kann. Ferner gelangt ein Antrag Hamburg zu Massenprotesten der Bürgervereine gegen die schwarze Schuld in den besetzten Gebieten zur Annahme. Die Sühnungen werden ein bloc angenommen. Axel Rippe (Eberfeld) referierte über das Verhalten bei der Wahl des Reichspräsidenten.

Er beantragte in Übereinstimmung mit dem Rheinisch-Westfälischen Bürgerrat, das Präsidium zu erlauben, unter Berücksichtigung mit den politischen Parteien und den großen Wirtschafts- und Berufsorganisationen sich nach einer geeigneten Persönlichkeit umzusetzen. Es wurde die vom Referenten eingebrachte Entscheidung in folgender Fassung mit großer Mehrheit angenommen:

„Dem Reichspräsidenten ist verfassungsgemäß die Wahrung des gesamten Volkswohls anvertraut; darum muß er eine in seinem politischen Denken und Handel unabhängige Persönlichkeit sein. Er bezieht zur Erfüllung seiner hohen Aufgabe einer bereits für die Mehrheit der Wähler greifbar erkennbaren Erfahrung, die ihn befähigt zur Übernahme der höchsten Würde und der damit verbundenen schweren Pflichten im Dienste des deutschen Volkes; vor allem muß er erfüllt sein, von der restlosen Hingabe an den vaterländischen Gedanken. Aus dieser Ermüdung beschließt der

Reichsbürgerrat, sein Präsidium zu beauftragen: es wolle sich mit den politischen Parteien und den großen Wirtschafts- und Berufsorganisationen in Verbindung setzen, um im Einvernehmen mit deren Vertretern als Kandidaten für die kommende Reichspräsidentenwahl eine geeignete Persönlichkeit ausfindig zu machen und deren Wahl vorzubereiten.

In der Sonntags-Sitzung sprach zunächst v. Oppeln-Bronikowski-Berlin über **Reichswirtschaftsrat und berufliche Vertretung.**

Die einzige Rettung liegt in einer berufständlichen Volksvertretung. Präsident Exzellenz v. Loebell stellte fest, daß man auch das Reichspräsidenten das politische Parlament nicht ausfindig mache. In der Ausdrucks bezeichnete Reichspräsident Dr. Goebbels das Referat als eine einseitige, alle Schwächen der berufständlichen Vertretung beiseite schiebende Schilderung. (Aufstimmung.) In einem Berufspräsidenten werde jeder Stand auf seinem Gebiet bestehen. Zu hoffen, daß die Berufsvertretung alle dessen würde, sei ein Wunsch. Das Wirtschaftspräsidenten neben dem großen Reichspräsidenten sei zunächst eine Lösung, ein heilsamer Versuch. Nachdem noch die Delegierten Reichs-Präsident a. M., Dr. Friedensburg-Breslau, Konrad Marx-Berlin, Semann-Stettin, Dr. Müller-Stralau, Dr. Meyer-Absberg-Münster, Landwehr-Berlin, wurde die Debatte geschlossen und eine Kommission gewählt, die die Frage des berufständlichen Parlaments weiter prüfen und dem Präsidialbericht Bericht erstatten soll.

Ueber die Ortswechsel sprach Studentrat Sträßle-Stuttgart.

Nach Erzielung mehrerer Anträge schloß der Präsident nachmittags die Sitzung mit einem herzlichen „Auf Wiedersehen in München!“

Einem gemeinsamen Mittagessen der Delegierten im „Zugler“ schloß sich die Verteilung an der Gelangungsausführung im Württembergischen Hotel an.

Deutschlands Leistungsfähigkeit.

Die Sachverständigen-Gutachten.

RTB, Berlin, 3. Juli. Das eingehende Gutachten der wirtschaftlichen Sachverständigen über die Leistungsfähigkeit Deutschlands, das am 30. Juni dem Obersten Rat neben zwei amtlichen Denkschriften über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands und über die Steuerbelastung in Deutschland von der deutschen Regierung als Material für die Verhandlungen in Spa überreicht worden ist, enthält in seinem ersten Teil eine

ausführliche Darstellung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands.

Es werden zunächst die vornehmsten wirtschaftlichen Wirkungen der Waffenstillstandsbedingung geschildert, weiter die Anforderungen der deutschen Wirtschaft durch den Vertrag zu Versailles und ihre verhängnisvollen Folgen in allen ihren Einzelheiten.

Das Gutachten geht dann kurz auf den Zustand der deutschen Finanzen und auf die durch die neuen Steuern verursachte Belastung der deutschen Volkswirtschaft über.

Der zweite Teil des Gutachtens beschäftigt sich mit den Voraussetzungen zur Feststellung des Wiedergutmachungsbetrages.

und behandelt zunächst das Angebot der deutschen Friedensdelegation in Versailles vom 29. Mai 1919, wobei Deutschland sich zu Zahlungen bis zum Betrag von 100 Milliarden Gold verpflichtete. Die Sachverständigen halten an sich den Grundcharakter des Angebots und die Ermüdungen, von denen es ausging, im Prinzip auch heute noch für richtig. Eine Wiederholung dieses Angebots könne jedoch heute nicht mehr erfolgen, weil einmal von dem damals als integrierenden Teil des deutschen Angebots aufgeführten Voraussetzungen (vor allem Befassung Öst- und Westpreußens, Oberlothens und des Saargebietes, Selbstbestimmungsrecht für Deutsch-Oesterreich, Befassung der Kolonien als Mandat der Völkerbundes, Verzicht auf Auslieferung der Handelsflotte, keine Okkupation deutschen Gebiets) auch nicht eine einzige erfüllt worden sei, Johann aber auch die gesamte äußere und innere Wirtschaftslage Deutschlands sich unter erheblicher Wertschuld der alliierten und assoziierten Mächte wesentlich verschlechtert habe.

Bei der Erörterung der

Möglichkeit deutscher Leistungen

bezeichnen es die Sachverständigen als ihren Wunsch, ihre Erörterung der Wiedergutmachungsfrage einen festen Vorschlag soweit anzunehmen, als es überhaupt in einer wirtschaftlichen Gesamtlage möglich ist, bei der nicht nur die bekanntesten Faktoren (wie belegsprechend genug sind, sondern zugleich weitere wesentliche Faktoren sich überhaupt bei Erfüllung durch Reduktion oder Schätzung entziehen. Sie kommen dabei zu der Auffassung, daß die Bemühungen aller Beteiligten auf die Lösung der einzigen wirklich großen Fragen konzentriert werden sollten, die der Kohlenlieferungen und der Befreiung Deutschlands am Wiederaufbau Frankreichs im eigentlichen Sinne.

Bei der

Kohlenlieferung

bleibt nach Ansicht der Sachverständigen kein anderer Ausweg, als den gegenüberliegenden Staaten, insbesondere also Frankreich, zwar eine Option auf bestimmte Kohlenmengen zu gewähren, jedoch unter der Voraussetzung, daß die Lieferung auf Basis der im freien Wettbewerb sich bildenden deutschen bzw. englischen Verkaufspreise tatsächlich bezahlt werden. Deutschland würde sich dann verpflichten müssen, die Einfuhr aus diesem Kohlen in erster Linie für die Erfüllung der in Geld auszubringenden Wiedergutmachungsleistung zu stellen.

Weiter ist es erforderlich, daß Deutschland, da es nicht genügend exportieren kann, einen Teil seiner lebendigen Kräfte ins Ausland sendet,

und durch verbundene Arbeit einen weiteren Betrag aus ausländischen Zahlungsmitteln zur Abgeltung seiner Wiedergutmachungsschuld zu erhalten.

Eine weitere Notwendigkeit für Deutschland ist die Einfuhr derjenigen Warenmengen, die für unmittelbare Wiederherstellung der menschlichen Arbeitskraft und der Landwirtschaft nötig sind.

Der unbedingte Einfuhrbedarf für die Zeit vom 1. Juli 1920 bis zum 30. Juni 1921 beträgt nach Berechnung der Sachverständigen über 4 1/2 Mill. Tonnen Nahrungsmittel und mindestens 300 000 Tonnen Rohphosphat. Dafür benötigt Deutschland ausländische Kredite in Form einer Notanleihe.

Schließlich beschließt sich die Denkschrift mit den Voraussetzungen für die Abgabe eines neuen deutschen Angebots und kommt zu dem Ergebnis, daß ein solches Angebot nur möglich ist, wenn bei der Ausführung des Vertrages nur Vorteile von folgenden Voraussetzungen ausgegangen wird, die allerdings eine obliegende Aufzählung nicht darstellen:

Deutschland wird im Wege der Gegenseitigkeit Rechtsgleichheit, wirtschaftliche Gleichberechtigung und Rechtsüberleit im Ausland gewährt.

Deutschlands Wirtschaftshoheit im Ausland bleibt unangeführt.

Deutschland wird durch zu seiner Existenz notwendige Schiffahrt zur Verfügung gestellt.

Die Erhaltung der Wirtschaftshoheit bildet die unerlässliche Voraussetzung jeder Wiedergutmachungsverpflichtung für Deutschland. Sollte wider alles Erwarten die Abtötung gegen Deutschland ausfallen, so würde die Abgabe eines deutschen Wiedergutmachungsangebots hinfallig werden müssen, da die Unfähigkeit Deutschlands zu nennenswerten Leistungen ohne Gegenleistung ohnehin für alle Welt erkennbar sein würde.

Das Gutachten schließt: Ohne raschen Beginn wahrhaft überprüfbarer Zusammenarbeiten der Räter hind die in der geklärten Weiterordnung liegenden Ursachen der Wirtschaftskrisis und Währungsnot nicht zu beseitigen.

Beschlüsse der Seemannskonferenz.

Genau, 2. Juli. Der von der Kommission für Binnen-schiffahrt auf der internationalen Seemannskonferenz, eingereichte Bericht spricht sich in negativem Sinne über die Frage aus, ob die Abgrenzung zwischen der Meer- und Binnen-schiffahrt der Völkergesetzgebungen überlassen sei und ob im Zusammenhang damit für die Binnen-schiffahrt dieselben Bestimmungen wie für die internationale Seeschiffahrt anzuwenden seien.

Deutsches Reich.

Ein demokratischer Mittelstandsausschuß, Vertreter des Handwerks und anderer Zweige des Mittelstandes aus der Deutschen Demokratischen Partei waren am Freitag nachmittag im Reichstag veranlagt, um über die Schaffung eines besonderen demokratischen Mittelstandsausschusses zu sprechen. Es wurde beschlossen, einen solchen Ausschuß zu bilden und dazu in erster Linie die Vertreter der Partei im Reichstag und in den parlamentarischen Körperschaften der einzelnen Länder hinzu-ziehen; daneben auch Handwerker in führenden Stellen außerhalb des Parlamentes. Eine Sitzung dieses Ausschusses ist für nächste Woche in Aussicht genommen.

Dr. Heim und die deutsche auswärtige Politik. Eine Meldung des „Barntischen Kuriers“, daß Dr. Heim in San Remo und Zürich mit Franzosen und Engländern Sonder-verhandlungen gepflogen, u. a. dabei die Vortrennung Bayerns vom Reich als notwendig erachtet habe. Dr. Heim dementiert jetzt die Verteilung des „Barntischen Kuriers“. Die ganze Geschichte in San Remo und Zürich ist Phantom und Lüge. Dr. Heim, war zwar in San Remo, habe aber nicht mit Franzosen verhandelt. Von irgend-welchen Verhandlungen mit Engländern in Zürich könne auch nicht die Rede sein.

Ausland.

Das neue österreichische Kabinett.

Wien, 3. Juli. (Eig. Meldung.) Das neue österreichische Kabinett wird heute endgültig gewählt werden. Die 3 Parteien der Nationalversammlung entfenden befanntlich nach dem Proportionalwahlssystem ihre Vertrauensmänner ins Kabinett. Diefem werden außerdem 5 Beamte angehören und zwar Staatssekretär Dr. Reich für Finanzen, Dr. Loewenfeld-Rug für Volksernährung, Dr. Reiter für Verkehrswege, Dr. Reich für Inneres, und Dr. Koller für Justiz. Das Kabinett ist auf die Verantwortung übertritten, daß alle sowohl die Sozialdemokraten wie auch die Christlich-Sozialen und die Groß-Deutschen in Opposition gegen die Regierung stehen können.

Die Volkshewisten in Lemberg?

Wien, 3. Juli. (Eig. Meldung.) Hier eingelaufene Nachrichten bejaßen, die Volkshewisten seien in Lemberg eingezogen und letzten ihrer Vorkamrn im Innern von Galizien fort. Es wird bestätigt, daß Polen bei den Verbündeten Fühlung genommen hat, ob es auf deren Hilfe rechnen könne.

Polen bittet um Hilfe.

Amsterdam, 3. Juli. Einer Reutermeldung aus Brüssel zufolge wird sich der Oberste Rat auch mit einem von Polen vorzulegenden Ersuchen, betr. militärische Unterstützung durch die Alliierten zu befehlen haben. Marshall Foch wurde beauftragt, über diesen Gegenstand einen Bericht vorzulegen.

Kunst und Wissenschaft.

Max Klinger †

Gestern mittags ist plötzlich Geheimrat Professor Max Klinger einer Herzlähmung im Alter von 83 Jahren erlegen. Seit Mai befand er sich, wie allfährlich, auf seinem Sommerort an der Unstrut in Grobena bei Raumburg a. S. Sein Ableben erfolgte völlig unerwartet ohne vorhergehender Krankheit. Wegen der Ueberführung der herrlichen Ueberreste des großen Künstlers ist noch nichts festgesetzt.

Kunst und Wissenschaft in Halle.

„Als ich noch im Jünglingsalter“

ein „fröhliches Spiel“ von Rehm und Rehebe, das sich seit sechs Jahren auf fast allen deutschen Bühnen herumtreibt — anfänglich der Erbauung im Volkstheater Schauspielhaus am 22. Mai 1914 haben wir ausführlich darüber geschrieben —, lockte am Sonntag eine ganz hübsche Menschenmenge ins Stadttheater. Es hat jedenfalls mehr Anziehungskraft als als Leistung und Scharfener. Wenn diese Leistung auch nicht ohne Mitterteil ausgeprochen wird, so hat doch gegeben, daß die „Fröhlichkeit“ des „Spiels“ nicht schmallos und plump ist. Es ist Unterhaltungsware im guten Sinne, nicht aufwendig, nicht aufpeitschend, ohne Tendenzen. Mit der Literatur hat es allerdings so wenig zu tun wie

